

Gewerbesteuer stärken

Schwarz-Gelb fährt auch bei der Gewerbesteuer einen Zick-Zack-Kurs, der auf die Orientierungslosigkeit bei der Reform der kommunalen Finanzen zurückzuführen ist. Die Zusage des Bundesfinanzministers, die Gewerbesteuer nicht anzutasten, wurde durch den Koalitionsausschuss am 18. November wieder zurückgenommen. Dieses Hin und Her schadet den Kommunen, die eine klare und verlässliche Entscheidung zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung brauchen.

Die SPD unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung, die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden zu erhalten. Es gibt – das ist hin und her gerechnet worden – zur Gewerbesteuer keine ernsthafte Alternative. Am 2. Dezember hat die Fraktion dazu den Antrag „Klare Perspektiven für Kommunen – Gewerbesteuer stärken“ in den Bundestag eingebracht. In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert:

- die Zusage einzuhalten, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt;
- alle weiteren Maßnahmen zur Aushöhlung der Gewerbesteuer durch eine Schmälerung der Bemessungsgrundlage zu unterlassen;
- die finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells (Erweiterung der Hinzurechnungen und die Einbeziehung der Selbständigen und freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht) zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zeitnah zu berechnen;
- die Beratungen der Gemeindefinanzkommission auf der Grundlage des Kommunalmodells fortzusetzen und zügig zu einem Abschluss zu führen;
- auf die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommensteuer zu verzichten; die Kommunen von Ausgaben für die soziale Sicherung zu entlasten und dies nicht von Änderungen bei der Gewerbesteuer und/oder der Einkommensteuer abhängig zu machen.

Internet-Abzocke bekämpfen

Die Medienberichte über Verbraucherinnen und Verbraucher, die Opfer von Abzocke im Internet wurden, häufen sich. Bei den Verbraucherzentralen gehen pro Monat rund 20.000 Beschwerden ein. Das Ganze funktioniert so: Über Anzeigen auf Suchmaschinen locken unseriöse Unternehmen Internetnutzerinnen und -nutzer auf ihre Seiten. Viele rechnen dort nicht damit, für Dienste oder Software zahlen zu müssen, die es im Internet im Normalfall kostenlos gibt. In gutem Glauben geben sie ihren Namen und ihre Adresse für eine vermeintliche Kunden-Registrierung an – und haben, ohne es zu merken, ein teures Abo oder einen kostenpflichtigen Zugang abgeschlossen. Die Ministerinnen Aigner und Leutheusser-Schnarrenberger kündigten wiederholt Regelungen an, handelten aber nicht.

Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion im Sommer ihren Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes initiiert. Mit einer Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches sollte eine so genannte „Button-Lösung“ für Vertragsabschlüsse im Internet eingeführt werden. Danach wird ein im Internet geschlossener Vertrag nur dann wirksam, wenn die Verbraucherin oder der Verbraucher einen gesonderten, besonders hervorgehobenen Hinweis („Button“) auf den Preis erhält und diesen durch Anklicken bestätigt hat. So wird Kostentransparenz im Internet gewährleistet und unseriösen Anbietern erschwert, Verbraucherinnen und Verbraucher durch unklare oder versteckte Preisangaben in Kostenfallen zu locken.

Am 2. Dezember hat Schwarz-Gelb unseren Gesetzentwurf abgelehnt. Es ist nur ein schwacher Trost, dass sich die Justizministerin in den Verhandlungen für die EU-Verbraucherrechterichtlinie für eine gesamteuropäische Lösung eingesetzt hat. Es war überfällig, dass die Koalition unseren Vorstoß jetzt zum Anlass für eine eigene Initiative genommen und mittlerweile einen Referentenentwurf zur Einführung der „Button-Lösung“ in Deutschland vorgelegt hat. Denjenigen, die bis dahin in Internet-Kostenfallen tappen, ist damit nicht geholfen. In ihrem Interesse wäre eine schnelleres und entschlosseneres Vorgehen der Bundesregierung notwendig gewesen.